



Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Kristina Stoeckl,
Institut für Soziologie



**Zum neuen Verhältnis von Religion, Gesellschaft und Politik:
„Das Ende des Endes“ des Kalten Kriegs und seine Folgen**

Antrittsvorlesung, 30. Jänner 2020

Sehr geehrter Herr Rektor, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Studierende, sehr geehrte Damen und Herren,

es ist eine große Ehre – und eine große Aufgabe – heute meine Antrittsvorlesung als Professorin am Institut für Soziologie meiner Alma Mater zu halten. Die Forschung, die an einer Volluniversität wie der Universität Innsbruck, geleistet wird, ist außerordentlich vielfältig. Von der Philosophie der Spätantike bis zur Lungenfunktion von Höhenbergsteigern, von Gletscherarchäologie bis Gender-Forschung hütet die Universität einen reichen Schatz an Ideen, Wissen und Fragen. Eine Antrittsvorlesung, die dazu gedacht ist, den eigenen Forschungsbereich vorzustellen, fügt auf feierliche und ritualisierte Art und Weise diesem großen, bunten Strauß eine weitere Blüte hinzu, in der Hoffnung, dass diese – denn es handelt sich ja um eine ANTRITTSvorlesung, also um einen Anfang – in Zukunft noch weiter aufblühe. Darin sehe ich heute also meine Aufgabe: Ihnen einen Einblick in meine Ideen, meine Fragen und meine Forschungsagenda zu geben, mit denen ich mich dem ForscherInnenreigen der Universität Innsbruck mit Respekt und Dankbarkeit anschließe.

Erlauben Sie mir, mit einer kleinen Zeitreise zu beginnen:

Im Mai 1989 stand eine Schulklasse, angetan mit Wanderschuhen und bunten Rucksäcken, in einem Waldabschnitt irgendwo im Burgenland. Die Schülerinnen und Schüler schauten auf einen Grenzzaun aus Stacheldraht. Davor ein Grastreifen, dahinter Wald. Noch weiter dahinter? Dazu gab es in den Köpfen der Kinder, sie waren ja erst elf, keine Assoziationen und so gut wie kein Wissen.

Sechs Monate später, im November 1989 – ich war inzwischen zwölf Jahre alt (denn natürlich handelte es sich bei dieser Schulklasse um meine eigene) – fiel die Berliner Mauer. An der Grenze zerschnitten Leute Stacheldraht und kletterten über Mauerteile. Die Bilder im Fernsehen der Ereignisse jener Tage wurden zu meiner ersten großen politischen Erinnerung.

Dreizehn Jahre später, 2002, war ich Studentin an der Central European University in Budapest geworden. Ich hatte meine Heimat im Salzburger Pinzgau hinter mir gelassen, hatte inzwischen Russisch, Englisch und Italienisch gelernt, ein Studium in Innsbruck absolviert und alle Länder des ehemaligen Ostblocks bereist. Und irgendwann während dieses Studienjahrs in Budapest, vielleicht in einer Lehrveranstaltung, vielleicht bei einer der Studentenfeiern mit meinen Studienkolleginnen und -kollegen aus allen Ländern Ost- und Mitteleuropas und aus der ehemaligen Sowjetunion, kam mir diese Episode aus dem Mai 1989 wieder in den Sinn, erinnerte ich mich an diesen leeren Blick auf eine Grenze im Wald. Ich war jetzt dort, wo einstmals vor meinem geistigen Auge „nichts“ gewesen war, ich hatte Orte erkundet, erforscht und mit menschlichen Begegnungen und Erfahrungen befüllt, die vormals andere Seite war inzwischen zusammengewachsen – nicht mit „Europa“, wie es in jenen Jahren der EU-Erweiterung oft vollmundig hieß – sondern zusammengewachsen mit

meinem Leben. Ich war Teil eines vereinten Europa *nach dem Ende des kalten Kriegs* geworden.

Das Ende des Kalten Kriegs, das Ende der Trennung Europas in einen demokratischen, marktwirtschaftlichen Westen und einen kommunistisch regierten Osten, versprach gesellschaftlichen Wandel und Aufbruch. Es versprach, zumindest an einem Ort wie der Central European University in Budapest, den Anbruch einer offenen Gesellschaft. *Open Society Institute* nannte ihr Gründer, George Soros, den Trägerverein der Universität. *Open Society*, nach Karl Popper, die liberale, offene Gesellschaft, orientiert an individuellen Menschenrechten und demokratischen Institutionen, an einem freien Markt und einer freien Wissenschaft.

Zwanzig Jahre später, im Jahr 2020, ist die Central European University soeben von Budapest nach Wien umgezogen. Die von der rechtspopulistischen ungarischen Regierung erlassenen Gesetze haben ein Bleiben unmöglich gemacht. Polen hat eine Justizreform auf den Weg gebracht, die die Europäische Kommission für einen Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit hält. In Bulgarien hat das Verfassungsgericht die Ratifizierung der Istanbuler Konvention – ein Dokument des Europarats gegen Gewalt gegen Frauen (*Istanbul Convention on gender-based violence*) – abgelehnt. Russland verabschiedet sich per Verfassung von der Europäischen Konvention für Menschenrechte. Im Osten der Ukraine herrscht Krieg.

Was ist passiert?

Das Ende des Endes des Kalten Kriegs ist passiert. Die Euphorie über das Ende des Kalten Kriegs ist verflogen. „The end of history“, wie Francis Fukuyama die Vision von der globalen Durchsetzung einer liberalen Ordnung nannte, ist nicht eingetreten. Über die These vom Ende der Geschichte ist viel Häme ausgeschüttet worden, sie sei eine krude, fahrlässige Geschichtsphilosophie, eine Hegelianische Vision, heimgesucht, wie Jacques Derrida geurteilt hat, von „Marx' Gespenstern“. Abgesehen davon ignoriere sie die Gewaltförmigkeit liberaler demokratischer Ordnungen, bestehende materielle Ungleichheit im Kapitalismus, Ungerechtigkeit, Rassismus, Sexismus. Die These vom Ende der Geschichte als der Anbruch einer globalen offenen Gesellschaft war also stets umstritten, und sie ist heute – nach der globalen Wirtschafts- und Schuldenkrise, nach dem Aufstieg rechtspopulistischer Politiker auf allen Kontinenten – erledigt.

Trotzdem möchte ich ohne Ironie von diesen knapp zwanzig Jahren der Transition, des Wandels, der Demokratisierung, der Liberalisierung, und der EU-Beitritte sprechen. Ich fühle mich, das habe ich schon gesagt, als ein Kind des Endes des Kalten Kriegs. Die Erfahrung der Öffnung von Ländern und Gesellschaften, die vormals von konträren politischen, wirtschaftlichen und weltanschaulichen Ordnungen bestimmt gewesen waren, hat mein junges Erwachsenenleben tief geprägt, und ebenso das meiner Freunde, Studien- und später auch ArbeitskollegInnen aus Mittel- und Osteuropa und Russland. Ironie ist nicht angebracht. Wir haben etwas gewonnen – und zu verlieren. Versuchen wir also zu verstehen, aus der Perspektive *am Ende des Endes des Kalten Kriegs*, was passiert ist und wo wir stehen.

Ich möchte dieser schwierigen Frage in meinem heutigen Vortrag aus der Perspektive der Religionssoziologie nachgehen, genauer gesagt aus der Perspektive einer politischen Soziologie der Religionen. Eine solche fragt nach dem Verhältnis von Religion, Gesellschaft und Politik. Das Dreieck Religion – Gesellschaft – Politik eröffnet eine fruchtbare Perspektive darauf, wo in einer pluralistischen Gesellschaft Konfliktlinien verlaufen. Der Konflikt, der mich heute interessiert – ja, der mich, wie ich in der Einleitung zu erkennen gegeben habe, geradezu antreibt – ist die Frage nach dem Stellenwert jener liberalen politischen Werte, die von vielen am Ende des Kalten Kriegs als siegreich vorausgesetzt wurden. Damit meine ich in erster Linie: *demokratische Werte* – die Macht in einem Staat geht vom Volk aus – *gepaart mit Garantien für Minderheiten* – selbst eine demokratische Mehrheit kann Minderheiten in ihrer Mitte nicht unterdrücken – *und eingeschränkter staatlicher Souveränität* – der Staat ist durch Verträge an allgemeine Menschenrechtsnormen gebunden. Warum durchlaufen diese liberalen politischen Werte in der heutigen Zeit eine Krise? Welcher Art ist diese Krise? Und was sehen wir durch die Linse „Religion – Gesellschaft – Politik“, was sonst verborgen bliebe?

Ich werde im ersten Teil meines Vortrags drei religionssoziologische Ansätze vorstellen, die jeweils eine unterschiedliche Perspektive auf dieses Dreieck und auf diese Frage beinhalten: eine jede dieser Perspektiven überschreibe ich mit einem Buchtitel, der das jeweilige Programm gut zusammenfasst: *A Secular Age* (Charles Taylor), *Civil Religion* (Robert Bellah) und *Culture Wars* (James D. Hunter). Im Anschluss stelle ich meine eigene Forschungsagenda vor, die diese drei Perspektiven unter der Überschrift „Postsecular Conflicts“ integriert. Für eine jede dieser Perspektiven werde ich Beispiele aus meiner Forschung zur Russischen Orthodoxie präsentieren.

Die meisten Klassiker der Soziologie angefangen von Max Weber gingen davon aus, dass moderne Gesellschaften einen Prozess der Säkularisierung durchlaufen. Die Säkularisierungsthese besagte, dass traditionelle Religionen in modernen Gesellschaften an Bedeutung verlieren, dass sie aus dem öffentlichen Leben und der Politik in die Privatsphäre weichen, und dass immer weniger Menschen überhaupt religiösen Glauben praktizieren. Die Frage, ob es die Säkularisierung so tatsächlich gibt, und ob sie tatsächlich zu einem Schwinden der Religion in modernen Gesellschaften führt, war stets umstritten. Aus der kritischen Auseinandersetzung mit ihr lassen sich drei unterschiedliche Perspektiven auf das Verhältnis von Religion, Gesellschaft und Politik ableiten.

Für die erste Perspektive ist zentral, dass die Säkularisierung auf jeden Fall einen Wandel der Religion bedeutet. Dieser Wandel ist unbestreitbar, wir spüren seine Auswirkungen heute mit Nachdruck, und seine Wurzeln reichen bis weit ans Ende des Mittelalters zurück, als sich das Verständnis, dass der gesamte Kosmos und die Gesellschaft einer von Gott vorgegebenen Ordnung unterliegen, aufzulösen begann. Peter Berger sprach von einem „sacred canopy“, einem „heiligen Vlies“, das die gesamte soziale, weltliche Ordnung einhülle. Diesen „sacred canopy“ gibt es nicht mehr. Eine religiöse Sicht auf die Welt zu haben, ist eine Option unter anderen geworden. „Religion is no longer the default option,“ brachte der kanadische Philosoph Charles Taylor in seinem Buch *A Secular Age* diesen

Umstand auf den Punkt. Noch ist die Art und Weise, wie jemand „religiös sein“ definiert, an irgendwelche *default options* gebunden. Spiritualität, Esoterik, synkretistische Glaubensvorstellungen, Sonntags- und Feiertagskatholiken – viele Formen der Religiosität sind heute soziologisch beobachtbar.

Die Kirchen und Religionsgemeinschaften reagierten auf die Säkularisierung zuerst mit Abwehrhaltung und danach, nach dem Zweiten Weltkrieg – und, innerhalb der katholischen Kirche im Zuge des Zweiten Vatikanischen Konzils – mit einem Gesinnungswandel: die katholische und protestantischen Kirchen haben den Statuswandel von einer Welt- und Gesellschaftsordnung vorgebenden Gewalt hin zu *einer* gestaltende Kraft in der Gesellschaft unter anderen weitgehend akzeptiert bzw. teilweise selbst befördert, ebenso haben sie ihren Frieden mit der Präsenz anderer Religionen gemacht. Man denke nur an das Beispiel in diesem Haus, in dem ich heute vor Ihnen sprechen darf: die Katholisch-theologische Fakultät der Universität Innsbruck beheimatet seit mehreren Jahren einen Lehrgang für Islam-Theologie. Die Universität trägt damit dem Umstand Rechnung, dass Tirol religiös pluralistischer geworden ist, sowie dem Prinzip der egalitären Religionsfreiheit.

In dem Maße, in dem Religion in der Gesellschaft den Status einer Gesinnungsvereinigung unter möglichen anderen erhielt, wandelte sich auch ihr Verhältnis zur Politik. Wo vormals Religion politischen Entscheidungen oft noch vorausging, wurde Religion zu einem Einflussfaktor auf die Politik unter anderen. Während die Religion als Glaubenspraxis also vielfältiger und freier wird, wird die Religion als Institution im Staat – im Rahmen des bestehenden Religionsrechts und vor allem durch verfassungsmäßig vorgeschriebene und international durch Vertragswerke geschützte Menschenrechtsnormen – einheitlicher und ver-rechtlicher. Der französische Soziologe und Islam-Experte Olivier Roy spricht in diesem Zusammenhang von einer „Formatierung der Religion“ nach den Regeln des Verfassungsstaats. Man denke nur an die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gegen religiöse Ausnahmen beim Arbeitsrecht – die Regelung der „Tendenzbetriebe“ in Deutschland, die Karfreitagsregelung in Österreich – um zu verstehen, was damit gemeint ist.

Alternativ zu dieser substantiellen soziologischen Perspektive, haben in der Religionssoziologie auch funktionale Theorien Erklärungskraft. Diese gehen davon aus, dass in sich ausdifferenzierenden Gesellschaften Religion kultur- und gemeinschaftsstiftend weiterwirkt, auch wenn sie nicht mehr als solche erkennbar ist. *Civil Religion* nannte Robert Bellah dieses Phänomen, bei dem profane Werte und Symbole einer Gesellschaft „heilig“ werden, nicht aus theologischen oder religiösen, sondern aus – letztlich – soziologischen und politischen Gründen.

In Russland wird von vielen Beobachtern die Russische Orthodoxie inzwischen eher als Zivilreligion, denn als Kirche im Staat gesehen. Eine orthodoxe Formen- und Bildsprache fügt sich zu einer Zivilreligion der russischen Welt, der *Russki Mir*, die die jahrtausendealte Rivalität zwischen orthodoxem und lateinischem Christentum nahtlos mit dem sozialen Konservatismus der späten Sowjetzeit und dem schwelenden orthodoxen Nationalismus in

rechten Kreisen zusammenführt. Die Stein bzw. Bronze gewordene symbolische und kulturelle Einheit von russischem Staat, imperialem Nationalismus und Orthodoxie kann an zentraler Stelle in Moskau besichtigt werden. Im November 2016 wurde in Moskau ein Denkmal für den mittelalterlichen Fürsten Wladimir enthüllt, unter dessen Herrschaft die Kiewer Rus 988 christianisiert worden ist. Die hochpolitische Botschaft dieser Gedenkfeier war nicht zu übersehen. Der Akt der Bekehrung Wladimirs zum Christentum und die anschließende Taufe der Rus' hat historisch auf der Halbinsel Krim stattgefunden. Die Errichtung eines Denkmals für Wladimir in Moskau im Jahr 2016 war eine leicht zu entziffernde Strategie des Kremls, um den russischen Anspruch auf das Territorium der 2014 rechtswidrig annektierten Krim und ihre Zugehörigkeit zur russischen Welt zu unterstreichen. Es gab jedoch noch ein anderes Detail an dieser Feier, das Aufmerksamkeit verdient. An der Einweihung des Denkmals nahmen eine Reihe ausgewählter russischer Religionsführer teil. Die Auswahl und die Hierarchie ihres Erscheinens ist beispielhaft für das inoffizielle Staatskirchentum, das sich in Russland seit über einem Jahrzehnt entfaltet. Die anwesenden religiösen Führer waren der Patriarch von Moskau Kirill, der Vorsitzende des Rates der Muftis von Russland, der Obermufti und Leiter der Direktion der Muslime Russlands, der Oberrabbiner Russlands, der Oberhaupt der Altgläubigen russisch-orthodoxen Kirche, der Erzbischof der römisch-katholischen Erzdiözese Moskau und der Führer des traditionellen buddhistischen Sangkha Russlands. Das Gruppenbild zeigt, wie Sie erkennen können, den Patriarchen vorne neben Präsident Wladimir Putin stehend, vor ihnen die anderen religiösen Führer in der ersten Reihe der Zuhörer. Das Gruppenbild ist visueller Ausdruck der russischen *civil religion*: der Staat ist orthodox, mit dem Präsidenten und dem Patriarchen an der Spitze, und andere Religionsvertreter sind schmückender Zusatz und mindere Partner.

Aus der Perspektive der *civil religion* ist ein Bekenntnis zu liberalen politischen Werten nicht offensichtlich: Demokratie, die Idee, dass die Macht im Staat vom Volk ausgeht, mag aus dieser Perspektive zwar noch angehen, aber sie ist eigentlich irrelevant, denn wenn Gesellschaft und Politik ohnehin gleichermaßen von Religion durchdrungen sind, braucht es keine demokratischen Aushandlungsprozesse mehr. Es braucht überhaupt keine liberalen Minderheitenrechte mehr, sondern nur noch – das aktuelle Schlagwort der russischen Regierung und des Moskauer Patriarchats unisono – „traditionelle Werte“. Diese werden mittels staatlicher Gesetze verordnet: das Verbot homosexueller Propaganda, das Verbot der Verletzung religiöser Gefühle, das Verbot von Schimpfwörtern in Theater und Film – in den letzten Jahren hat der Kreml viele Gesetze umgesetzt, die die Gesellschaft nach dem Wertekanon des Moskauer Patriarchat formen.

Aus der Perspektive, die ich mit *A Secular Age* überschrieben habe, stellt sich der Stellenwert der liberalen politischen Werte ganz anders dar. Hier gilt die Religion als nach Innen differenziert und an ihrer Außengrenze, dort, wo sie auf den säkularen Staat trifft, als rechtlich definiert. Sie steht, als Teil der Zivilgesellschaft, neben dem Staat und neben den staatlichen Institutionen. Die Religion kann ohne die Durchsetzungsmittel des Staats die Gesellschaft nicht vollständig ausfüllen und bestimmen bzw. will sie das auch gar nicht. Sie

ist also auf pluralistische, liberale demokratische Werte angewiesen, schon alleine um ihres eigenen Überlebens willen. Religion kann, folgerichtig, diese pluralistischen, liberalen demokratischen Werte aus eigener Überzeugung schützen.

Selbst für diese Perspektive findet sich ein Beispiel aus der russischen Orthodoxie. Im September 2019 veröffentlichten über 170 Priester der russischen orthodoxen Kirche einen offenen Brief, in dem sie die Freilassung von jugendlichen Demonstranten forderten, die im August im Rahmen von friedlichen Straßenprotesten gegen die Moskauer Stadtregierung festgenommen worden waren. Bei den Protestmärschen hatten Demonstranten wiederholt in Kirchen in der Moskauer Innenstadt Schutz vor der Polizei gesucht – und gefunden. Die Priester setzen mit diesem Brief ein Zeichen, dass die Russische Orthodoxe Kirche nicht nur Mitspieler im russischen Staat ist, sondern auch Gegenspieler und Gegenstimme sein kann, die auf der Seite ziviler Proteste für freie Wahlen steht. Was besonders interessant war an diesem Protest der Priester: sie beriefen sich in ihrem Schreiben auf das Erbe eines bekannten Dissidentenpriesters der Sowjetzeit, auf Alexander Men'.

Was ich hier als zwei klar voneinander unterschiedene Perspektiven präsentiert habe, stellt sich in der Realität oft verworrener dar. Aus der einen Perspektive steht Religion neben der Politik, aus der anderen steckt Religion in Politik und Gesellschaft drin. In den meisten öffentlichen Debatten überlagern sich diese beiden Modelle bzw. liegen miteinander im Wettstreit. Dafür finden sich übrigens auch in Österreich Beispiele, man denke nur an die jüngste Aussage der Bildungsministerin, das Kreuz in den Klassenzimmern sei ein kulturelles Symbol, und die Replik des Wiener Erzbischofs, dass in einem pluralistischen Staat grundsätzlich viele religiöse Symbole zu begrüßen seien.

Ich komme jetzt zur dritten Perspektive auf das Verhältnis von Religion, Gesellschaft und Politik, den *culture wars*. Die *culture wars* ist eine Analyse aus der Feder des amerikanischen Soziologen James Hunter, der damit die Konflikte zwischen progressiven und konservativen Gruppen in den USA über Themen wie Abtreibung oder Umgang mit Homosexualität beschreibt. Diese Moralkonflikte, stellte Hunter fest, polarisieren die amerikanische Gesellschaft, und sie polarisieren insbesondere Religionsgemeinschaften. Die soziologische Theorie vom religiösen Markt unterstützt diese Analyse. Diese beschreibt Religionen als Konkurrenten auf einem freien Markt der Weltanschauungen, auf dem extreme, starke Botschaften – extrem konservative oder extrem progressive – Wettbewerbsvorteile gegenüber moderaten Botschaften haben. Die moderaten Großkirchen verlieren Gläubige, die radikalen Religionsgemeinschaften gewinnen sie. In dieser Situation werden weltanschauliche Unterschiede wichtiger als konfessionelle. Also anders als noch zu Zeiten, als die Protestanten den Katholiken misstrauten und umgekehrt, und als die Orthodoxen die jeweils anderen ohnehin für Häretiker hielten, führen die *culture wars* zu konfessionsübergreifenden Koalitionen und Mobilisierung.

Zur Disposition stehen die normativen Grundlagen der politischen Ordnung an sich. Nicht so sehr die Demokratie – aus beiden Perspektiven geht die Macht im Staat vom Volk aus – aber der liberale Zusatz: Konservative lehnen es ab, dass der demokratische Staat Minderheiten

aktiv vor Diskriminierung schützt, und genauso lehnen sie die Einschränkung staatlicher Souveränität durch supranationale Rechtsmittel, wie die Menschenrechte, ab. Wer am vergangenen Wochenende die Nachrichten verfolgt hat, wurde darüber informiert, dass Donald Trump am Samstag als erster Präsident der USA an einem *March for Life* teilgenommen hat, einer breiten Plattform konfessionell unterschiedlicher konservativer Gruppen, die eine Änderung des Abtreibungsrechts in den USA fordern. Ein internationales Menschenrechtssystem das, wie aktuell in den *Sustainable Development Goals* der Vereinten Nationen, *gender equality* zum Ziel hat und darunter auch sexuelle Selbstbestimmung mit dem Recht auf eine sichere und legale Abtreibung meint, wird von dieser Seite abgelehnt.

Was zuerst nur für die USA galt, ist heute eine weltweite Erscheinung. Die *culture wars* haben sich heute globalisiert. In meiner aktuellen Forschung beschäftige ich mich mit der transnationalen und transkonfessionellen Dynamik von Wertekonflikten und ihren Protagonisten. Das Projekt *Postsecular Conflicts*, das 2015 mit dem Start Preis des FWF und mit dem Starting Grant des European Research Council ausgezeichnet wurde, hat die empirische und theoretische Analyse von Wertekonflikten aus der Perspektive eines Protagonisten zum Ziel, den man als *newcomer* zu solchen Kontroversen bezeichnen könnte: die Russische Orthodoxe Kirche.

Mich interessiert dabei vor allem die Entstehung von Wertekonflikten im Dreieck Religion, Gesellschaft und Politik. Die postsäkulare Forschungsagenda kombiniert dabei alle drei soziologischen theoretischen Perspektiven, die ich vorgestellt habe und setzt sie miteinander in Verbindung. Welche Vorteile ein solcher multiparadigmatischer Zugang hat, wird am besten an den folgenden Beispielen deutlich:

Bei dieser Karte handelt es sich um eine Auswertung des Abstimmungsverhaltens jener Länder, die zwischen 2009 und 2016 Mitglied im Menschenrechtsbeirat der Vereinten Nationen waren. Das Thema, das zur Abstimmung stand, waren zwei Resolutionen, von denen die erste die Förderung von traditionellen Werten, die zweite die Förderung der Familie zum Ziel hatte. Beide Resolutionen waren maßgeblich von Russland betrieben worden, bei der ersten war das Moskauer Patriarchat buchstäblich federführend. Die Antragsteller unter russischer Führung forderten, „traditionelle Werte“ in internationale Menschenrechtsinstrumente einzubauen. Außerdem wollten sie die Familie als ein Instrument von Menschenrechtsarbeit (und nicht etwa als ein Ziel solcher Arbeit) definieren. Beide Resolutionen zielten darauf ab, progressive und liberale Entwicklungen innerhalb der internationalen Menschenrechtspolitik in die Schranken zu weisen.

Das Abstimmungsverhalten im Menschenrechtsbeirat fiel, wie Sie an der Einfärbung der Länder sehen können, zu Gunsten der russischen Position aus. Russland, die asiatischen und afrikanischen Länder sowie die islamischen Staaten unterstützen das Thema. Traditionelle Werte, tönte der Moskauer Patriarch in seinem Kommentar zu diesem Erfolg, seien die wahren universalen Werte der Menschheit.

Die Resolution war Teil einer klar antiliberalen und antiwestlichen Strategie, deren Funktion nach Innen, auf nationaler Ebene, darin bestand, die Grenzen zwischen Religion, Gesellschaft

und Politik aufzulösen und die russische Zivilreligion der „traditionellen Werte“ zu legitimieren. Nach Außen jedoch, auf internationaler Ebene, diente die Resolution dazu, die Polarisierung der *global culture wars* noch zu verstärken. Wozu es führte, war, nunmehr aus der Perspektive des *Secular Age*, dass nicht wenige konservative Akteure in die Zwickmühle gerieten – in die Zwickmühle zwischen Brüssel und Moskau!

Abstimmungen im Menschenrechtsbeirat sind immer von einer intensiven Mobilisierung von zivilgesellschaftlichen Gruppen, von NGOs begleitet. Diese können Stellungnahmen abgeben. Gemeinsam mit einer Mitarbeiterin aus meinem Forschungsteam habe ich alle Stellungnahmen kodiert und das Ergebnis auf die Weltkarte übertragen. Die Punkte auf dieser Karte sind die NGOs. Was auffällt, ist, dass die traditionalistische Agenda in Ländern, die dagegen gestimmt hatten, durchaus Zuspruch fand, insbesondere in der EU und in den USA. Hierbei handelt es sich um christliche konservative Gruppen – von der rumänisch orthodoxen *Koalition für die Familie* über die italienische katholische NGO *Pro-Vita* bis hin zur amerikanischen protestantischen *Alliance for the Family*. Vor allem in den neuen Ländern der EU herrschte Unmut darüber, dass die EU in ihrer Gesamtheit im UN Menschenrechtsbeirat – gegen die eingebrachten Themen – abstimmte. Das Diktat aus Brüssel gegen Tradition und Familie! Ein gefundenes Thema für den Wahlkampf der EU-kritischen Regierungsparteien in Ungarn, Polen und Rumänien! Hatten diese Länder, so hieß es, nicht gerade das Diktat aus Moskau – natürlich dem sowjetischen Moskau – gegen Religion, Tradition und Familie widerstanden? Und jetzt das: Brüssel, das neue Moskau! Weniger begeistert war über diese Dynamik ein Beamter der Repräsentation des Vatikans, den ich im UNO Hauptquartier in New York zu diesem Thema interviewte. Er musste zugeben: „Russland hat das Ruder übernommen. Russland übernimmt gerade die Führung bei den konservativen Themen.“ Und er fügte hinzu: „Wir mögen vielleicht den Zielen zustimmen, aber auf keinen Fall der Art und Weise, wie Russland strategisch vorgeht.“

Russland ist zu einem Dreh- und Angelpunkt der globalen *culture wars* geworden.

Das verändert auch die Russische Orthodoxie, die nicht mehr nur in einer nationalen Perspektive untersucht werden kann. Aus der Sicht konservativer Christen in aller Welt wird die Orthodoxie zu einer attraktiven Religion des Traditionalismus. Ein Illustration dafür sind konservative religiöse Gruppen im amerikanischen Mittleren Westen, die zur Russischen Orthodoxen Kirche konvertieren. Die Anthropologin von der New York University Sarah Riccardi-Schwartz hat untersucht, wie diese Gemeinden ihre Glaubenspraxis aus Versatzstücken aus der russisch-orthodoxen Tradition und aus der protestantischen Theologie konstruieren und damit die ursprüngliche orthodoxe Theologie und Liturgie auch potenziell verändern. Auf diesen Bildern, die mir Kollegin Riccardi-Schwartz aus ihrer Feldforschung zur Verfügung gestellt hat, sehen sie die Dekorationen der Häuser in einer der untersuchten Gemeinden: die amerikanische Flagge, die Südstaatenflagge aus dem amerikanischen Bürgerkrieg und die Insignia des russischen Zarenreichs (1858-1883).

Die Russische Orthodoxe Kirche ist heute ebenso global wie national. Sie ist Teil eines weltweiten Religionsmarkts, auf dem ihr Appeal eben darin liegt, als besonders konservative

Kirche zu gelten. Die Grenzen zwischen der Russischen Orthodoxen Kirche und dem russischen Staat verschwimmen dabei. Die Forschung der Kollegin aus New York hat ganz deutlich zu Tage gebracht, dass es gerade der russische Staat, in der Figur von Vladimir Putin, ist, der in konservativen Kreisen für Gesetze wie jenes „gegen die Propaganda für Homosexualität“ uneingeschränkte Bewunderung erfährt. Ist das Oberhaupt der russischen Zivilreligion also eher Putin als der Patriarch?

Besonders deutlich wird die amerikanische Faszination für die Orthodoxie als eine konservative Kraft in dieser Kollektion von Motto-T-Shirt Motiven, die man online erwerben kann, um die eigene Konversion gleich sichtbar am Körper tragen kann. Es ist offensichtlich, dass dieser Ausdruck der eigenen orthodoxen Identität – „keeping it real“, „no change“ – stärker von den Dynamiken der amerikanischen *culture wars* beeinflusst ist, als von einem unmittelbaren Erfahren der – wie im Vortrag aus der Perspektive des *Secular Age* geschilderten – durchaus vielstimmigen Realität der Russischen Orthodoxie.

Ich komme zum Ende meines Vortrags: Eingangs habe ich mir und Ihnen die Frage gestellt, warum die Erwartungen an die offene Gesellschaft nach dem Ende des Kalten Kriegs enttäuscht worden sind. Warum durchlaufen die liberalen politischen Werte in der heutigen Zeit eine Krise? Welcher Art ist diese Krise? Und was sehen wir durch die Linse „Religion – Gesellschaft – Politik“, was sonst verborgen bliebe?

Die Frage, *warum* liberale politische Werte in kritischer Diskussion stehen, ist eigentlich falsch gestellt. Sie standen immer schon in Kritik, und das ist in einer pluralistischen Gesellschaft, in der unterschiedliche Anschauungen darüber existieren, was ein gutes Leben ausmacht, auch normal. Darüber hinaus: Der Zusammenbruch des Kommunismus hat dem Liberalismus, insbesondere dem ökonomischen Liberalismus, einen Aufschwung beschert. Wirtschaftspolitisch hat das an vielen Orten im ehemaligen Ostblock zu jenen Verheerungen geführt, die die Menschen gegen alles „liberale“ misstrauisch gemacht haben. Warum der Liberalismus kritisch gesehen wird, ist also nicht die richtige Frage. Was wir als Soziologinnen aber sehr wohl fragen und auch beantworten können, ist, warum liberale politische Werte heute auf eine bestimmte Art und Weise umstritten geworden sind, von wem und mit welchen Mitteln?

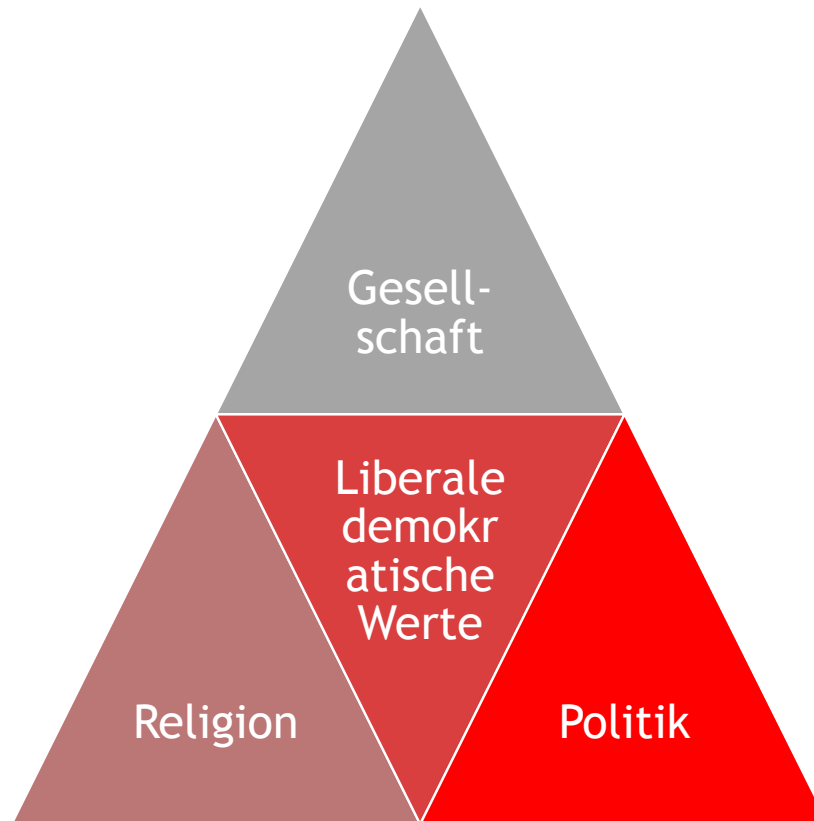
Was ich in meinem Vortrag heute hoffentlich deutlich machen konnte, ist, dass durch die „Linse“ des Dreiecks von Religion, Gesellschaft und Politik verschiedene Dimensionen der Bestätigung, einerseits, und der Kritik, andererseits, von liberalen demokratischen Werten sichtbar werden / Bestätigung und Kritik/. Die liberale Demokratie ist zerbrechlich, und die Bruchlinie ist nicht mehr so einfach und eindimensional wie noch zu Beginn der politischen Moderne, als sich die säkulare Ordnung gegen die Macht der Kirche durchsetzen musste. Die Bruchlinien sind heute komplexer als die religiös-säkulare Auseinandersetzung der Vergangenheit, weshalb ich meine Forschungsagenda auch unter den Begriff der *Postsäkularität* stelle. *Postsecular Conflicts*.

Am Institut für Soziologie, dem ich voller Stolz und Freude als Professorin angehöre, gab es bisher keinen Forschungsbereich Religionssoziologie. Einen solchen aufzubauen und

Studierende für diesen Bereich der Soziologie zu begeistern, sehe ich als meine Aufgabe. Religionssoziologie und eine politische Soziologie der Religionen ist, wie ich Ihnen heute hoffentlich nahebringen konnte, ein Brennglas, mit dem man die großen Fragen der Gesellschaft auf den Punkt bringen kann.

Als Lehrende wünsche ich allen Soziologiestudierenden einen Moment wie jenen am Eisernen Vorhang im Jahr 1989, ich wünsche Ihnen einen ersten Blick des Unwissens, des Nichts-Annehmens und Nichts-Verstehens. Einen Moment der reinen Neugier. Warum halte ich das für wichtig? In der soziologischen Lehre verbringen wir viel Zeit damit, Studierenden klar zu machen, dass ihr Zugriff auf soziale Tatsachen nie unvoreingenommen, sondern immer schon theoretisch geleitet ist, und dass wir als Wissenschaftlerinnen diese Theorien beherrschen müssen (und nicht sie uns). Wer für ein konkretes Thema brennt, wirft einen Anker, der beim Navigieren der Soziologie als Wissenschaft hilfreich sein kann. Am *Ende des Endes des Kalten Kriegs* stehen wir nämlich auch als Sozialwissenschaftlerinnen vor einer großen Herausforderung. Die kritische Theorie in den Sozial- und Geisteswissenschaften hat sich am Universalismus der Aufklärung, am ökonomischen Liberalismus und Neo-Liberalismus, an Eurozentrismus und Kolonialismus, und an den dunklen, ausgrenzenden Seiten der Demokratie abgearbeitet und tut dies – völlig zu Recht – immer noch. Gleich berechtigt und gleich wichtig wie diese Kritik erscheint mir heute aber, angesichts des Erstarkens antiliberaler Haltungen, auch die Vermittlung der nicht weniger kritischen positiven Grundlagen der politischen Moderne und der liberalen demokratischen Ordnung, ohne die eine offene Gesellschaft und eine Universität, wie wir sie kennen, nicht denkbar wären. In Zeiten von Rechtspopulismus und globalen Wertekonflikten haben wir viel zu verlieren.

Vielen Dank



Soziologische Perspektiven auf das Verhältnis von Religion, Gesellschaft, Politik

- Trennung von Religion und Politik

- Religion als Kultur & Gemeinschaft

- Wertekonflikte
- Progressiv vs. konservativ

- Substantielle Religionstheorien

- Funktionale Religionstheorien

- Religiöser-Markt-Theorie

A Secular Age
(Taylor)

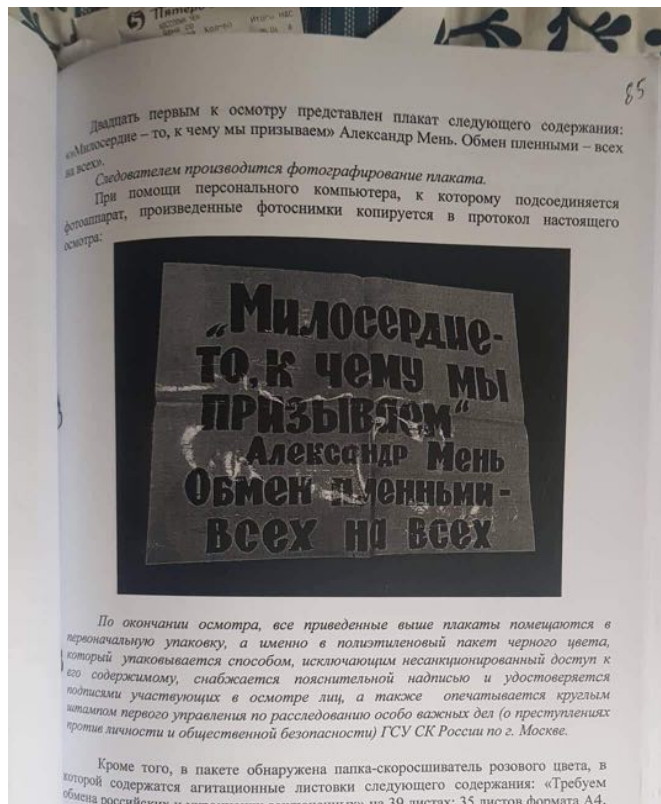
Civil Religion
(Bellah)

Culture Wars
(Hunter)

„Civil Religion“



„A Secular Age“



Soziologische Perspektiven auf das Verhältnis von Religion, Gesellschaft, Politik

- Trennung von Religion und Politik

- Religion als Kultur & Gemeinschaft

- Wertekonflikte
- Progressiv vs. konservativ

- Substantielle Religionstheorien

- Funktionale Religionstheorien

- Religiöser-Markt-Theorie

A Secular Age
(Taylor)

Civil Religion
(Bellah)

Culture Wars
(Hunter)

„Culture Wars“



United Nations
Sustainable Development
Goals

Forschungsagenda „Postsecular Conflicts“

- Entstehung und Konstruktion von Wertekonflikten
- Transnationale & Transkonfessionelle Dynamik von Wertekonflikten
- Kombiniert alle drei soziologischen Perspektiven auf Religion, Gesellschaft, Politik

Postsecular Conflicts

Postsecular Conflicts 



Research



erc

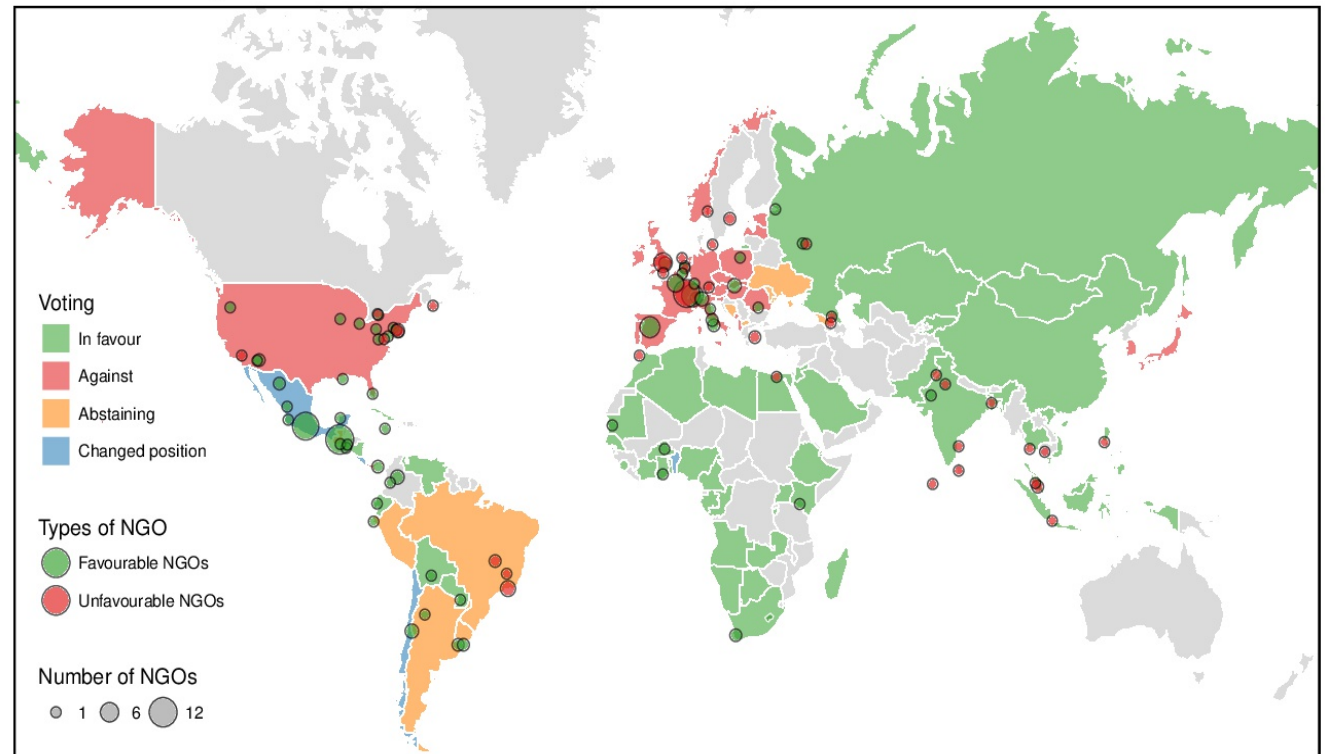
European Research Council
Established by the European Commission

FWF

Der Wissenschaftsfonds.

- (2009-12) “Promoting human rights and fundamental freedoms through a better understanding of traditional values of humankind”
- (2014-16) “Protection of the family: contribution of the family to the realization of the right to an adequate standard of living for its members, particularly through its role in poverty eradication and achieving sustainable development”

Countries' voting for the UN resolutions and NGOs' location, 2009–2016





© Sarah Riccardi-Schwartz

**Proud to
Be American**
And Orthodox



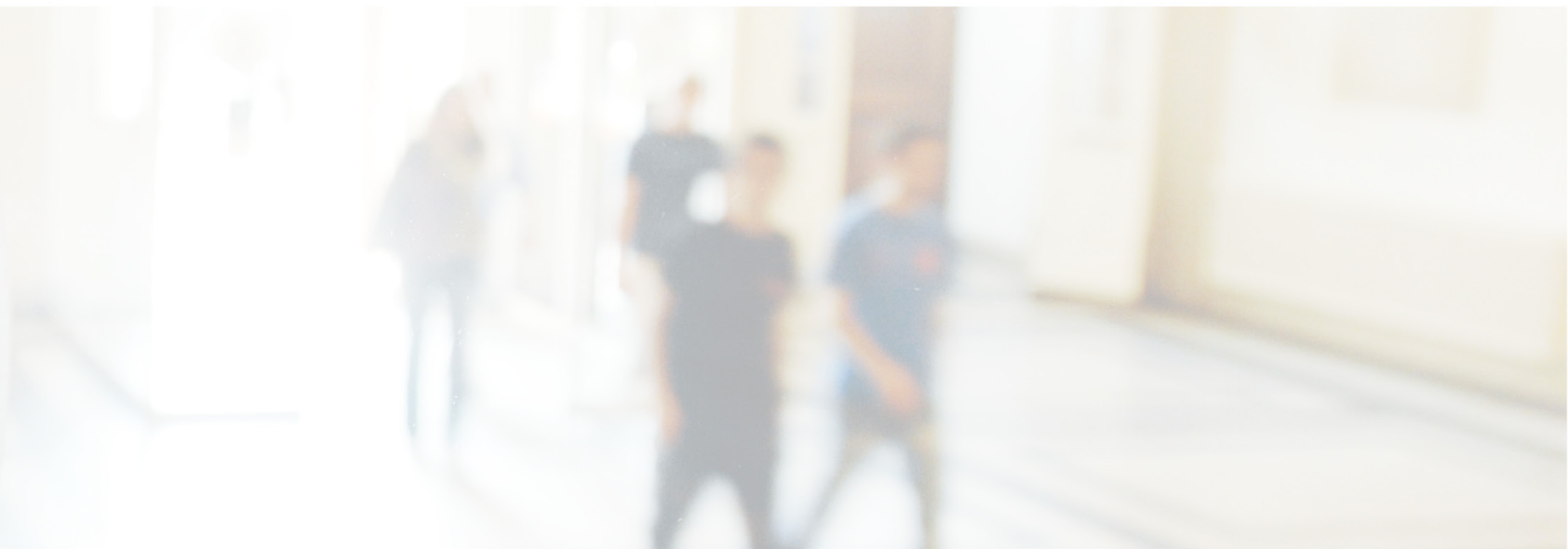
ORTHODOXY
KEEPING IT REAL
SINCE 33 AD

**HOW MANY ORTHODOX
CHRISTIANS DOES IT TAKE
TO CHANGE A LIGHT BULB?**
CHANGE?!?

Quelle: <https://www.redbubble.com/shop/eastern+orthodox+posters>

Wissenschaft, Lehre & Forschung





www.uibk.ac.at